

## DEUTSCHLAND

## Auch die Nato drängt die Deutschen

BERLIN. Trotz massiver deutscher Widerstände verlangt nach den USA jetzt auch Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer eine Ausweitung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) wies die Forderung nach einem Engagement der Bundeswehr im umkämpften Süden Afghanistans gestern nachdrücklich zurück.

## Platzek warnt die SPD

BERLIN. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzek hat seine Partei davor gewarnt, den Positionen der Linken hinterherzurennen. Darin könne nicht das Heil der SPD bestehen, sagte er der „Welt am Sonntag“. Neben der sozialen Gerechtigkeit müsse die SPD auch stets als Partei der Wirtschaftskompetenz wahrgenommen werden.

## Köhler wirbt für Afrika

BERLIN. Bundespräsident Horst Köhler ist gestern zu seiner fünften Afrika-Reise aufgebrochen. Bis zum kommenden Freitag wird er Uganda und Ruanda besuchen. Vor Beginn der Reise rief der Präsident die Europäer zu einem verstärkten wirtschaftlichen Engagement in Afrika auf. „Das wird sich langfristig lohnen“, sagte Köhler. dpa

## EUROPA

## Raketenabwehr in Polen wird wahrscheinlicher

WARSAU. Die USA und Polen sind ihrem Ziel einer US-Raketenabwehr in Mitteleuropa nähergekommen. Washington erklärte sich bereit, Polen im Gegenzug für den Aufbau der US-Raketenabwehr bei der Modernisierung seiner Luftverteidigung zu helfen. Laut Polens Außenminister Radoslaw Sikorski will sich sein Land auch vor möglichen Angriffen aus Russland schützen.

## Paris: Kein EU-Alleingang

PARIS. Im Streit um die von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy geplante Mittelmeerunion rudert die Regierung in Paris zurück. „Wir werden uns einigen“, sagte Europaminister Jean-Pierre Jouyet. „Es soll eine Union von vier, fünf großen Projekten werden – keine Konkurrenz zur EU.“ Insbesondere Kanzlerin Angela Merkel hatte gewarnt, das Projekt könne die EU spalten. dpa

## WELT

## Barak stärkt Olmert



TEL AVIV. Israels Verteidigungsminister Ehud Barak von der Arbeitspartei bleibt in der Regierung von Ehud Olmert. Barak hatte Olmert wegen der Fehler im Libanon-Krieg zum Rücktritt aufgefordert. Gestern betonte, er wisse um seine Verantwortung für Israel. Archivfoto: dpa

## Ägypten schließt Grenze

GAZA. Die ägyptischen Behörden haben gestern die etwa zwölf Kilometer lange Grenze zum Gazastreifen wieder abriegelt. Anderthalb Wochen nach dem Massenturm Hunderttausender von Palästinensern auf den Grenzübergang Rafah hat Ägypten damit den alten Zustand wieder hergestellt. dpa

Redaktion: Reinhard Brennecke

## Thema des Tages Unicef

Heide Simonis geht, der Skandal um Verschwendung bleibt. Am Samstag trat die frühere SPD-Politikerin als ehrenamtliche Unicef-Vorsitzende zurück.



Heide Simonis, die frühere Vorsitzende von Unicef Deutschland, will nach eigenen Angaben mit ihrem Rücktritt den Weg für einen Neuanfang bei Unicef frei machen. Foto: Rainer Jensen/dpa

## Ende eines Machtkampfes – Simonis gibt auf

Krach bei Unicef – Vorwürfe: Verschwendung von Spendengeldern

Von Claus Haffert und Ulrich Steinkohl

KÖLN. Heide Simonis zog die Konsequenzen aus den monatelangen Querelen wegen der möglichen Verschwendung von Spendengeldern. Im Machtkampf mit Simonis konnte sich Unicef-Geschäftsführer Dietrich Garlichs offenbar behaupten. Vorausgegangen waren wochenlange Querelen im Vorstand. Am Schluss war die 64 Jahre alte ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin zunehmend isoliert.

Seit Mitte der 90er Jahre hatte sie sich für das Kinderhilfswerk engagiert, Anfang 2006 übernahm sie den ehrenamtlichen Vorsitz. Um auf die Nöte der Kinder der Welt aufmerksam zu machen, ließ sie sich sogar von einem Fernseh-

sender auf das glatte Parkett einer Tanzshow locken.

Anfangen hatten die Querelen mit einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ Ende November 2007. Darin war davon die Rede, dass über Jahre hinweg „Unsummen für dubiose Beraterverträge und eigenmächtig veranlasste Bauarbeiten“ ausgegeben worden seien. Im Zentrum der Kritik: Geschäftsführer Dietrich Garlichs.

Wohl wissend, dass solche Schlagzeilen Gift für eine Organisation sind, die auf Spenden und auf den Ruf des seriösen Umgangs mit diesen angewiesen ist, ging auch Simonis auf Distanz. Zunächst forderte sie ihn auf, sein



Dietrich Garlichs, Unicef-Geschäftsführer

Amt bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen zu lassen. Kurz darauf die Kehrtwende: Sie sprach Garlichs im Namen des Vorstandes das Vertrauen aus und dementierte später sogar Berichte, sie habe mit ihm grundlegende Differenzen. Garlichs sah in den Vorwürfen stets eine Medienkampagne. Auch unabhängige Wirtschaftsprüfer bescheinigten ihm, dass es keinerlei Hinweise auf persönliche Bereicherung gegeben habe.

Simonis' Folgerung: Unicef brauche Reformen wie die Herstellung von Transparenz des Spendenaufkommens und der Projektabwicklung. Die Bereitschaft dazu sah sie beim Vorstand nicht. dpa

## Was ist das Kinderhilfswerk der UN?

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Unicef, wurde im Dezember 1946 auf der ersten UN-Vollversammlung gegründet.

Zunächst war es ein Nothilfefonds für Kinder im Nachkriegseuropa und in China. 1950 weiteten die UN das Mandat auf die langfristige Hilfe in Entwicklungsländern aus. Seither lautet der Name „United Nations Children's Fund“. Heute sind Unicef-Mitarbeiter in 160 Ländern tätig. Sie verteilen

Spezialnahrung und Decken, bauen Brunnen, versorgen Aids-Waisen und setzen sich für die Rechte von Kindern ein.

Die Einnahmen setzen sich zu zwei Dritteln aus freiwilligen Beiträgen der UN-Mitgliedsländer zusammen. Ein Drittel steuern die 37 nationalen Komitees bei. Das 1953 gegründete Deutsche Komitee für Unicef hat seinen Sitz in Köln. Ehrenamtliche Vorsitzende war seit 2006 die frühere Minister-

präsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis (SPD). Bundesweit gibt es 130 Unicef-Gruppen, in denen sich rund 8000 Ehrenamtliche engagieren.

2006 nahm das Deutsche Komitee rund 97 Millionen Euro aus Spenden und dem Verkauf von Grußkarten ein. Davon gingen 82 Prozent in Hilfsprojekte. Der Rest sei für Verwaltung, Vertrieb und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben worden. epd

## Türken protestieren: Wir sind nicht der Iran

100 000 demonstrierten gegen die Pläne der Regierung Erdogan, Kopftücher an den Unis zuzulassen

ANKARA. Mehr als hunderttausend Türken haben am Samstag in Ankara gegen Pläne der Regierung protestiert, das Kopftuchverbot zumindest an den Hochschulen des Landes abzuschaffen.

Unter den Demonstranten, die Schilder mit Aufschriften wie „Die Türkei ist nicht der Iran“ trugen, waren auch zahlreiche Frauengruppen. Das Kopftuchverbot gilt der türkischen Opposition als ein Symbol für die von Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk verfügte strikte Trennung von Staat und Religion in der Türkei.

Die islamisch-konservative türkische Regierungspartei AKP von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan

hatte am vergangenen Dienstag eine Vorlage zur Abschaffung des Kopftuchverbots im Parlament eingebracht. Über die dafür erforderlichen Verfassungsänderungen soll im Laufe der Woche abgestimmt werden. Eine parlamentarische Mehrheit gilt als sicher, weil die AKP in dieser Frage von der nationalistischen Oppositionspartei MHP unterstützt wird.

Beide Parteien verfügen im Parlament von Ankara über 410 von 550 Mandaten. Frauengruppen haben zur geplanten Abstimmung über die Verfassungsänderungen am kommenden Freitag zu einer weiteren Großdemonstration aufgerufen.

Die Aufhebung des Kopftuchver-

botes gehört zu den politischen Versprechen der seit mehr als fünf Jahren regierenden AKP. Führende Politiker der Partei argumentieren, dass das Tragen des „Türban“, des streng islamisch gebundenen Kopftuchs, zu den Grundrechten gehöre.

Die oppositionelle Republikanische Volkspartei CHP will das Verfassungsgericht anrufen, wenn die Verfassungsänderungen vom Parlament verabschiedet werden sollten. Sie beschuldigt die Regierungspartei, eine schleichende Islamisierung des Landes zu betreiben.

Kritiker warnen, bei einem Ende des Verbotes werde der Druck auf alle Frauen steigen, das Kopftuch anzulegen. dpa

## Sparsamkeit ist oberstes Gebot

Die nachlassende Konjunktur erfordert mehr Haushaltsdisziplin im Bund, sagt der CDU-Haushaltsexperte Jochen-Konrad Fromme.

Mit dem Bundestagsabgeordneten (Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die Bankenkrise ist nicht ausgestanden, die Konjunktur in Deutschland lässt nach – was bedeutet das für die Politik im Bund?

Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose schon etwas von 2 auf 1,7 Prozent gesenkt. Das hat Auswirkungen auf den Haushalt, weil dann auch mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen ist: Sie werden um rund eine Milliarde niedriger ausfallen als ursprünglich erwartet, 400 Millionen Euro entfallen auf den Bund. Das ist eigentlich ein normaler Vorgang innerhalb des Konjunkturzyklus und in dieser Bandbreite beherrschbar. Es gibt aber ein weiteres Risiko.



Jochen-Konrad Fromme, CDU

Was meinen Sie?

Ich meine die amerikanischen Immobilienrisiken, die auch von deutschen Banken als Spekulationsobjekte gekauft wurden. Die Banken müssen jetzt Abschreibungen vornehmen, machen Verluste – deshalb zahlen sie weniger Steuern. Gleichzeitig ist der Spielraum, um Darlehen zu gewähren, geringer. Das hat Auswirkungen auf die Wirtschaft, weil sie weniger investieren kann – das könnte bei uns zur Wachstumsbremse werden. Wir haben also ein doppeltes Risiko.

Was ist Ihre Konsequenz?

Wir müssen die Entwicklung als Mahnzeichen für mehr Haushaltsdisziplin verstehen. Das Problem ist: Wir haben im Aufwärtstrend den Haushalt sehr angespannt, wenn es jetzt heruntergeht, können wir Deckungsprobleme bekommen.

Meine Sorge ist, dass nach den jüngsten Wahlen auch eine Diskussion losgeht, ob der Staat nicht manchen Gruppen wieder mehr Geld geben soll. Da müssen wir klar sagen: Wenn man irgendwo mehr ausgeben will, muss man es woanders einsparen. Manche Wünsche sind sicher berechtigt, aber wir können nichts mehr draufsatteln. Das hat sich offenbar noch nicht in Politikfeldern wie die Sozial- und Familienpolitik herumgesprochen. Die Haushaltsberatungen für 2009 werden deutlich schwieriger als für 2008.



Demonstranten vor dem Atatürk-Mausoleum in Ankara. Foto: dpa